

**PRESSEERKLÄRUNG**  
18. Dezember 2017

## Rüstungsexportbericht 2017 \ **GKKE fordert Ausfuhrstopp nach Saudi-Arabien und verstärkte Exportkontrolle auf EU-Ebene**

Weitere Informationen:  
**SUSANNE HEINKE**

*Head of Public Relations  
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

+49 (0)228 911 96-44, Fax -22  
[pr@bicc.de](mailto:pr@bicc.de)  
[twitter.com/BICC\\_Bonn](https://twitter.com/BICC_Bonn)

**Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) stellte am 18. Dezember 2017 in Berlin ihren Rüstungsexportberichtes 2017 vor. Scharf kritisiert die GKKE Rüstungsexporte in die Golfregion. Vor dem Hintergrund der angestrebten Europäisierung der Rüstungsindustrie fordert sie auch eine Stärkung der Exportkontrolle auf EU-Ebene.**

Aus dem GKKE-Bericht 2017 geht hervor, dass mehr als die Hälfte (54 Prozent) aller Einzelausfuhrgenehmigungen von Rüstungsgütern an Drittstaaten außerhalb der NATO und der EU gingen. Der Drittstaatenanteil bei den tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen lag sogar bei über 90 Prozent. Als besonders problematisch betrachtet die GKKE dabei die Genehmigung von Waffenlieferungen an Parteien der von Saudi-Arabien angeführten Kriegsallianz gegen Jemen. Angesichts der humanitären Katastrophe im Jemen wiederholt die ökumenische Organisation ihre Forderung, sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen.

Der BICC-Forscher **Dr. Max M. Mutschler**, Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE, hebt hervor, dass die Kooperation von 25 EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) auch kritische Fragen zu Rüstungsexporten und ihrer Kontrolle aufwirft. Es bestehe die Gefahr, **„dass eine Europäisierung der Rüstungsindustrie nationale Rüstungsexportkontrollen erschwert, da es Rüstungsfirmen ermöglicht wird, diese zu unterlaufen“**, argumentiert **Max Mutschler**. Um zu vermeiden, dass die Endfertigung von Waffensystemen sich vor allem dorthin verlagert, wo die niedrigsten nationalen Standards gelten, müsse der angestrebten Koordination der Rüstungsproduktion eine Stärkung der Exportkontrolle auf europäischer Ebene vorausgehen. **„Die GKKE schließt sich deshalb dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 13. September 2017 an und fordert ebenfalls die Einrichtung eines Aufsichtsgremiums auf EU-Ebene für die Überwachung von Rüstungsexporten der Mitgliedstaaten“**, betont **Max Mutschler**. Auch die Bundesregierung solle sich in diesem Sinne für eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene einsetzen.